

Unruhen in Karakalpakstan – Zerschlägt die Republik Usbekistan?

16 Juli 2022 22:30 Uhr

Usbekistan, einst orientalischer Teil des russischen Zarenreichs, danach blühende Sowjetrepublik, wurde jüngst von blutigen Aufständen überschattet. Zentrum der Unruhen mit 18 Toten und etwa 250 Verletzten war Karakalpakstan – einst Teil des Khanats Chiwa. Welche Rolle spielte der westliche Einfluss bei den Erhebungen?



Quelle: Gettyimages.ru © Anadolu Agency

Archivfoto: Ein usbekischer Soldat

Eine Analyse von Sergei Axjonow

Ich erinnere mich an meine erste und bisher einzige Reise nach Usbekistan, noch zu Zeiten von Islam Karimow. Das Land erschien mir wortwörtlich als ein orientalisches Märchen: Samarkand, Buchara, Chiwa ... Namentlich war es das Khanat Chiwa, zu dessen Territorium einst ein Teil des heutigen Karakalpakstan gehört hatte – eine Republik, die neulich durch Unruhen unter der Bevölkerung in die Schlagzeilen geriet.

Nachdem Chiwa unter die Schirmherrschaft des Russischen Kaiserreichs geraten war, übernahm unser Land die Verantwortung für Frieden und Ruhe in dieser Region. Sicher, seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich einiges geändert, und nun hat unser Außenministerium erklärt, es handele sich um eine innere Angelegenheit Usbekistans. Doch dem russischen Volk kann das Schicksal der benachbarten Völker dennoch nicht gleichgültig sein.

Deswegen war es so traurig zu hören, dass es in Nukus, der Hauptstadt von Karakalpakstan, sowie in den kleineren Städten Tschimbai und Muinak zu blutigen Zusammenstößen kam. Bei den Unruhen wurden 243 Menschen verletzt (18 wurden getötet) und 94 sind weiterhin in Krankenhäusern untergebracht, wie die usbekische Nationalgarde mitteilte, die für die Durchsetzung des Befehls über den Ausnahmezustand aus Taschkent verantwortlich ist. Die genannten Zahlen widersprechen den Angaben des Gesundheitsministers von Karakalpakstan, Sultanbek Sijajew, der von Tausenden von Verwundeten in den Krankenhäusern sprach. Man hat also den Eindruck, dass die politische Spaltung des Landes noch nicht überwunden ist. Ferner hatten die Sicherheitskräfte 516 Personen festgenommen, von denen viele wieder freigelassen wurden. Einer von ihnen war der "Rädelsführer" der Proteste, der karakalpakische Anwalt und Journalist Dauletmurat Taschimuratow.

Usbekistans Präsident Schawkat Mirsijojew hingegen nannte keine konkreten Zahlen zu den Opfern. Dabei bekannte er sich zu dieser Tragödie und betonte, dass der Schmerz alle Bürger Usbekistans treffe, unabhängig davon, in welcher Region sie leben. Er beschuldigte zudem "böswillige Kräfte" der Organisation dieser Proteste und machte deutlich, dass ausländischer Einfluss im Spiel war. Wichtig ist, dass sich das usbekische Staatsoberhaupt nicht vor der politischen Krise in Taschkent versteckte und innerhalb von drei Tagen zweimal persönlich in die karakalpakische Hauptstadt nach Nukus flog, wo er mit Anwohnern, Abgeordneten und Ältesten zusammentraf und damit sein Verständnis für die Probleme und Sorgen der lokalen Bevölkerung zeigte. Noch Anfang Juni bezeichnete sich Mirsijojew in seiner Rede zum Tag der Jugend als Sohn Usbekistans, aber auch der Karakalpakten. Dem ist zuzustimmen.

Am 1. Juli war es in Nukus heiß. Tausende von Demonstranten besetzten die Straßen im Zentrum der Hauptstadt, versuchten, an Waffen aus staatlichen Einrichtungen zu gelangen, gerieten in gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei ... Am vierten Tag nach Beginn der Ausschreitungen gaben die Behörden bekannt, dass die Situation vollständig unter Kontrolle gebracht worden sei. Zur Stabilisierung trugen harte Maßnahmen bei: Ausgangssperren, Leibesvisitationen, Durchsuchungen von Fahrzeugen, Verbot der Ein- und Ausreise aus der Republik, einschließlich Schließung der Grenze zum Nachbarland Kasachstan. Doch die größte Beruhigung brachte die Politik. Das usbekische Parlament hat heute jenen Beschluss gefasst, den Mirsijojew zuvor versprochen hatte.

In Taschkent hat man sich nun gegen den Entzug des Sonderstatus von Karakalpakstan innerhalb Usbekistans ausgesprochen. Gerade dieser Teil der geplanten Verfassungsreform hatte die Bevölkerung von Karakalpakstan aufgebracht.

Die Sache ist die, dass Karakalpakstan formal und rechtlich gesehen ein souveräner Staat ist, der einen Vertrag mit Taschkent über die Zugehörigkeit zu Usbekistan geschlossen und zugleich das Recht hat, sich jederzeit von diesem Staat wieder zu lösen. Es bedarf lediglich eines lokalen Referendums. Gerade diese Norm, die offensichtlich Separatismus provoziert, wollte Mirsijojew im Rahmen der Verfassungsreform, die derzeit im Land durchgeführt wird, abschaffen. Und gerade dagegen haben sich die Karakalpakten aufgelehnt. Um des inneren Friedens willen bleibt nun alles beim Alten. Taschkent machte einen Rückzieher. Nichtsdestotrotz hat die usbekische Generalstaatsanwaltschaft wegen der Unruhen in Karakalpakstan ein Strafverfahren wegen "Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung der Republik Usbekistan" eingeleitet.

Die merkwürdige gesetzliche Bestimmung, die die Selbständigkeit Karakalpakstans festlegt, ist das Ergebnis der wechsellvollen Geschichte der Region. Einst Teil der Kasachischen Autonomen

Sozialistischen Sowjetrepublik ([ASSR](#)) und später der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik ([RSFSR](#)), wurde es schließlich dem sowjetischen Usbekistan zuteilt. Doch im Jahr 1990 erklärte die Region faktisch ihre Unabhängigkeit und wurde nur durch weitreichende politische Privilegien mit dem Status der Autonomie wieder unter die Kontrolle Taschkents gelockt. Das karge Land der Karakalpakten nimmt fast die Hälfte des usbekischen Staatsgebiets ein. Es ist nicht leicht, so viel Land zu verlieren. Doch die Bevölkerungszahl ist dort gering – nur knapp zwei Millionen Menschen gegenüber 33 Millionen Usbeken. Im Übrigen warnte Wladimir Schirinowski, ein Patriarch der russischen Politik und gewiss ein politischer Visionär, noch vor einiger Zeit davor, dass es eines Tages zu Unruhen in Karakalpakstan kommen könne.

Man kann leicht erraten, dass im Falle einer hypothetischen Unabhängigkeit dieses Territoriums von einem bereits armen Gebiet, wie es etwa das Ferghanatal ist, Karakalpakstan mit Sicherheit noch ärmer sein würde. Aber wann hat das jemals politische Spekulanten davon abgehalten, an die Spitze ihrer eigenen (oder sogar fremder) nationalen Entitäten zu streben? Noch im Jahr 2014 hatte sich ein Vertreter der karakalpakischen Diaspora aus Kirgisistan auf einer OSZE-Konferenz in Warschau über Unterdrückung unter anderem der Sprache beschwert, und daraufhin fingen die westlichen Medien an zu schreiben, die Karakalpakten würden angeblich einer Angliederung ihres Landes an Kasachstan zustimmen. Allerdings zeigte sich Astana unbeeindruckt und widerlegte die Gerüchte. Ein politisches Spektakel um ein so fruchtbares Thema für geopolitische Ganoven könnte es dennoch werden.

Der naheliegende Ausweg scheint darin zu bestehen, die Politik Taschkents fortzusetzen, die darauf abzielt, den Lebensstandard Karakalpakstans an den Standard des übrigen Usbekistans anzugleichen, in der Hoffnung, dass sich die nationalistischen Tendenzen bei einem gefüllten Magen zur Ruhe legen werden. Dies käme auch Russland zugute. Frieden in den Grenzregionen ist in unserem Interesse. Nicht ohne Grund ist Moskau um eine Feinregulierung der Arbeitsmigration bemüht, die in Zentralasien, einschließlich Usbekistan, fast die Hauptquelle des Staatshaushalts darstellt. Mittels einer unangefochtenen militärischen Machtdemonstration können zwar Probleme gelöst werden, wie es im Januar in Kasachstan der Fall war, doch wesentlich sinnvoller erscheint ein präventives Vorgehen. Vor allem, da Usbekistan kein Mitglied der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ist. Obwohl, nach den Ereignissen in Karakalpakstan könnte das bald der Fall sein.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Übersetzt aus dem [Russischen](#)

Sergei Axjonow ist Journalist, Politologe und Schriftsteller. Er blickt auf eine turbulente Laufbahn als Politiker und politischer Aktivist (Nationalbolschewisten, "Anderes Russland") sowie Menschenrechtsaktivist in Russland zurück.